

WIRTSCHAFT

Stabile Preise für Weihnachtsbäume



SPORT

Stuttgart siegt 2:1 gegen Mainz



Samstag, 27. November 2021 – DUS

WZ.DE

Nr. 277 | 2,00 Euro

Düsseldorf

Düsseldorf wirft den Impfturbo an



Die Impfkampagne in Düsseldorf kommt ins Rollen. Am ersten langen Impfdonnerstag haben 3916 Menschen die Impfbote der Stadt genutzt. Hinzu kommen Immunisierungen bei niedergelassenen Ärzten, die aber erst am Anfang der Folgeweche in die Statistik einfließen. Seite 17

Zocken im ganz großen Kinosaal

Welcher Gamer hat nicht schon mal davon geträumt, sein Lieblingsspiel auf einer richtig großen Leinwand zu spielen und so Teil einer virtuellen Welt zu werden? Das ist gar nicht so schwer, denn einige Kinos vermieten ihre Säle, um Zockern ein einzigartiges Spielerlebnis zu ermöglichen. Eines davon ist das UCI im Düsseldorfer Medienhafen. Seite 18

Die Fortuna löst ihr Torwartproblem

In der vorletzten Woche durfte er schon einmal hinein-schnuppern. Da musste Florian Kastenmeier wegen eines Magen-Darm-Infekts eine Trainingspause einlegen, und damit das tägliche Übungsprogramm bei den Torhütern überhaupt einigermaßen funktionieren konnte, mischte Kai Eisele als Gast mit. Jetzt wurde er fest verpflichtet. Sport S. 22

DAS WETTER: Feucht und kalt

Heute bleibt es weiterhin feucht und kalt. Bei Temperaturen zwischen drei und sechs Grad Celsius bleibt die Wolkendecke bis zum Nachmittag zu. Nur Abends sind leichtere Wolken am Himmel, was die Temperaturen auch in den Minusbereich rutschen lässt. Die Sonne geht um 8.09 Uhr auf und um 16.31 wieder unter.



SA 6°

Kommentar

**Neue Virusvariante wirft Anstrengungen zurück
Tief im Corona-Sumpf**

Von Eva Quadbeck



Es ist Zeit, dass die vernünftige Mehrheit der Bevölkerung den Spieß einmal herumdreht: In der Pandemiebekämpfung kommt ein großer Teil der Menschen zu kurz, die sich bis heute gewissenhaft an Vorsichtsmaßnahmen halten und den geltenden Impfempfehlungen folgen. Solidarität ist keine Einbahnstraße. Und eine Pandemie ist keine Privatsache. Nur wenn diese beiden Binsenweisheiten endlich in praktische Politik umgesetzt werden, gibt es eine Chance, dass die neue Virusvariante aus Südafrika nicht mit voller Wucht in unsere vierte Welle reingeht. Warum also können die in den vergangenen Tagen aus Südafrika eingereisten Menschen nicht nachträglich eine Quarantäne-Anordnung bekommen? Das muss doch in einer Phase der Pandemie möglich sein, in der eine neue Variante auf ohnehin überlaufende Intensivstationen trifft.

Perspektivisch weist sicher nur die Impfung den Weg aus der Pandemie. Sie schützt den einzelnen Menschen vor Erkrankung und sie schützt die Menschheit vor immer neuen Varianten, für die im schlimmsten Fall neue Impfstoffe gefunden werden müssen. Nicht nur Impfskeptiker, Corona-Leugner und Maskenverweigerer haben ein Recht auf Freiheit. Der Rest der Gesellschaft hat es auch. Die Freiheit für alle wird es aber nur wieder geben, wenn sich die Minderheit endlich der Lage angemessen verhält und sich impfen lässt. Es ist auch Zeit, dass der designierte Kanzler Olaf Scholz mehr zur dramatischen Corona-Lage sagt, als die Einrichtung eines neuen Krisenstabs anzukündigen. Hilfreich wäre es auch, wenn die SPD rasch den Politiker oder die Politikerin vorstellt, die im Gesundheitsministerium Jens Spahn nachfolgen soll. In einer solchen pandemischen Notlage muss eine neu gewählte politische Mehrheit Verantwortung zeigen. So bitter es ist: Ohne Notbremse kann die vierte Welle nicht gebrochen und die neue Südafrika-Variante nicht ausgebreitet werden. Wenn nun auch die Geimpften erneut Lockdown-Maßnahmen ertragen müssen, muss es gegenüber Impf- und Maskenverweigerern mehr Konsequenzen geben. Ein erster Schritt in Richtung Impfpflicht sollte mit einer 2G-Regelung für das gesamte öffentliche Leben gegangen werden.



Luftwaffe fliegt Corona-Patienten aus Bayern nach Nordrhein-Westfalen

Wegen der Überlastung des Gesundheitswesens in einigen Regionen hat am Freitag erstmals die Luftwaffe bei der Verteilung von Corona-Patienten geholfen. Ein Sanitätsflugzeug vom Typ A310 Med-Evac – eine „fliegende Intensivstation“ mit sechs Behandlungsplätzen – transportierte

sechs schwer Erkrankte aus dem bayrischen Memmingen zum Flughafen Münster-Osnabrück. Für die Übernahme der Patienten, die nun in NRW behandelt werden, war eine Rechtsänderung notwendig, die von der Landesregierung am Freitag eilig verabschiedet wurde. Foto: Gunnar A. Pier

Experten besorgt wegen südafrikanischer Virusmutation / Spahn: Kontakte reduzieren

Warnung vor neuer Variante

BERLIN (dpa). Aus Sorge vor einer neuen Coronavirus-Variante schränken Deutschland und andere Staaten den Flugverkehr aus Südafrika ein. Die Bundesregierung beschränkt die Einreise aus insgesamt acht Ländern der Region drastisch. Südafrika, Namibia, Simbabwe, Botswana, Mosambik, Eswatini, Malawi und Lesotho werden ab Sonntag als Virusvariantengebiete eingestuft, wie das Robert Koch-Institut (RKI) am Freitag mitteilte. Fluggesellschaften dürfen damit im Wesentlichen nur noch deutsche Staatsbürger oder in Deutschland lebende Personen von dort nach Deutschland befördern. Es handelt sich aber nicht um ein Flugverbot. Für Einreisende gilt eine zweiwöchige Quarantänepflicht – auch für Geimpfte und Genesene. Sie kann auch nicht durch negative Tests verkürzt werden.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat die neue Corona-Variante B.1.1.529 als

„besorgniserregend“ eingestuft. Das teilte die UN-Behörde am Freitag nach Beratungen mit Experten mit. Diese Klassifizierung ist laut WHO-Definition ein Signal, dass eine Variante ansteckender ist oder zu schweren Krankheitsverläufen führt. Außerdem besteht bei „besorgniserregenden Varianten“ die Gefahr, dass herkömmliche Impfungen, Medikamente oder Corona-Maßnahmen weniger wirk-

sam sind. Diese nun Omikron genannte Variante weise eine große Anzahl Mutationen auf, von denen einige besorgniserregend seien, hieß es. Vorläufige Hinweise deuten auf ein erhöhtes Risiko einer Re-Infektion bei dieser Variante im Vergleich zu anderen besorgniserregenden Varianten, zu denen auch die derzeit vorherrschende Delta-Variante zählt.

Am Freitag wurde ein erster Fall in Belgien gemeldet.

CDU-Parteitag findet digital statt - Grüne Woche in Berlin abgesagt

► Die CDU wählt ihren neuen Vorsitzenden wegen der Corona-Lage erneut bei einem Online-Parteitag. Der Bundesvorstand entschied am Freitag, das am 21./22. Januar in Hannover in Präsenz geplante Treffen der 1001 Delegierten abzusagen. Stattdessen soll es einen digitalen Parteitag geben.

► Mit Blick auf die hohen Infektionszahlen wird auch die Internationale Grüne Woche 2022 (21. bis 30. Januar) nicht stattfinden. Unter den gegebenen Voraussetzungen mit Masken und Abständen ließen sich die Erwartungen der Besucher nicht erfüllen, erklärte ein Sprecher der Messe Berlin.

In Deutschland ist die Variante nach Angaben des Robert-Koch-Instituts (RKI) vom Freitagvormittag noch nicht festgestellt worden. RKI-Präsident Lothar Wieler sagte: „Wir sind sehr besorgt. Und ich hoffe sehr, dass stringent dahingehend gearbeitet wird, dass zumindest die Ausbreitung dieser Variante so gut wie möglich durch Reisebeschränkungen eingeschränkt wird.“

Der amtierende Gesundheitsminister Jens Spahn betonte, die Auswirkungen der Variante auf Krankheits-schwere und Impfschutz seien noch nicht abschließend geklärt. Angesichts der Corona-Lage forderte Spahn massive Kontaktreduzierungen. „Die Lage ist dramatisch ernst. So ernst wie noch zu keinem Zeitpunkt in dieser Pandemie“, sagte er. Man sei in einer „nationalen Notlage“. Doch zu wenig passiere, und oft zu spät. „Wir müssen jetzt diese Welle stoppen.“

| Kommentar, Tagesthemen

Grüne Parteibasis stimmt ab

BERLIN (dpa). Nachdem die Parteiführung das plötzliche Gedrängel um die Ministerposten beendet hat, kann die Parteibasis der Grünen seit Freitag über den Koalitionsvertrag mit SPD und FDP abstimmen. Die 125 000 Mitglieder sind zudem aufgerufen, ein Votum zu den künftigen grünen Ministerinnen und Ministern abzugeben. Die Urabstimmung endet am Montag, 6. Dezember. Das Ergebnis soll noch am gleichen Tag bekanntgegeben werden. Notwendig ist eine einfache Mehrheit, ein Quorum gibt es nicht. Bei SPD und FDP stimmen Parteitage über den Koalitionsvertrag ab.

Im Postenstreit hatte der frühere Parteivorsitzende der Grünen, Cem Özdemir, in letzter Minute Fraktionschef Anton Hofreiter ausgestochen. Hofreiter, der dem linken Flügel angehört, galt eigentlich als gesetzt.

| Meinung und Analyse

Pflegeberufe: Keine Info zu Impfquote

BERLIN (MD). Das Bundesgesundheitsministerium hat nach eigenen Angaben keine Informationen darüber, wie hoch die Impfquote in medizinischen Berufen ist. Das ergibt sich aus einer Antwort des Ministeriums auf eine Anfrage des FDP-Bundestagsabgeordneten Konstantin Kuhle, die unserer Zeitung vorliegt. „Informationen zu den Impfquoten bei pflegerischen und ärztlichen Berufen liegen dem Robert-Koch-Institut nur auf der Basis von einzelnen Stichprobenartigen Studien vor“, heißt es darin. Daten über den beruflichen Hintergrund von geimpften Personen würden im Digitalen Impfquoten-Monitoring des RKI regelmäßig „nicht erfasst“.



Das Gesundheitsministerium hat nach eigenen Angaben keine Info darüber, wie hoch die Impfquote in medizinischen Berufen ist. Foto: dpa

Kuhle sagte dazu: „Angesichts der dramatischen Pandemie-Situation muss die Debatte über Impfpflichten für bestimmte Bevölkerungsgruppen offen geführt werden. Man kann eine Impfpflicht jedoch nicht einfach in den Raum

stellen, ohne sich über die genaue Ausgestaltung oder die Datengrundlage im Klaren zu sein. Auch die Prüfung, ob eine Impfpflicht verfassungsgemäß ist, kann nur anhand eines konkreten Vorschlags erfolgen.“

Wenn das Bundesgesundheitsministerium die Frage nicht beantworten könne, wie hoch die Impfquote etwa in den verschiedenen Bereichen der Pflege sei, dann zeige das: „Deutschland ist von der scheidenden Bundesregierung auf die Einführung einrichtungs- oder tätigkeitsbezogener Impfpflichten schlampig vorbereitet worden. Es wird Zeit, dass die neue Bundesregierung mit dem geplanten Corona-Krisenstab die Arbeit übernimmt und die Datengrundlage für politische Entscheidungen verbessert.“

Weniger „Erstis“ an Hochschulen

WIESBADEN (dpa). Die Zahl der Studenten und Studentinnen in Deutschland stagniert. Die Zahl der Studienanfänger gehe bereits im vierten Jahr zurück, berichtet das statistische Bundesamt. Das habe „sowohl demografische als auch pandemiebedingte Ursachen“, teilen die Statistiker am Freitag mit. Im Studienjahr 2021 haben 472 100 Personen erstmals ein Studium an einer deutschen Hochschule aufgenommen, vier Prozent weniger als 2020. Im laufenden Wintersemester sind 2 947 500 Studenten an einer Hochschule eingeschrieben.

Polizei warnt vor Freigabe von Cannabis

FRANKFURT (dpa). Die Deutsche Polizeigewerkschaft warnt vor der Legalisierung von Cannabis. „Durch die Gewinne, die der Handel und der Staat erzielen wollen, wird Cannabis erheblich teurer“, sagte der Bundesvorsitzende Rainer Wendt. „Der illegale Handel mit billigeren Produkten wird aufblühen, denn in Apotheken können dann nur Wohlhabende ihren Bedarf decken.“ Alle anderen würden weiter zum Dealer um die Ecke laufen, sagte Wendt. Die Ampel-Koalition plant eine „kontrollierte Abgabe von Cannabis in lizenzierten Geschäften“.



Internet: www.wz.de
Leserservice: 0800 1 452 452 (kostenlos)